

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Norwegen: Doch noch Beitritt zur Europäischen Union?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2003) : Norwegen: Doch noch Beitritt zur Europäischen Union?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 56, Iss. 04, pp. 32-39

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225097>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Moderates Wirtschaftswachstum 2002 und 2003. Deutliche Konjunkturerholung 2004. Geld-, Finanz- und Lohnpolitik stimulieren. Überhöhter Wechselkurs der Krone bremst kräftig. Steigende Chancen für einen Beitritt zur EU. Immer noch günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Rascherer Preisanstieg. Weiterhin sehr hohe Überschüsse der Leistungsbilanz.

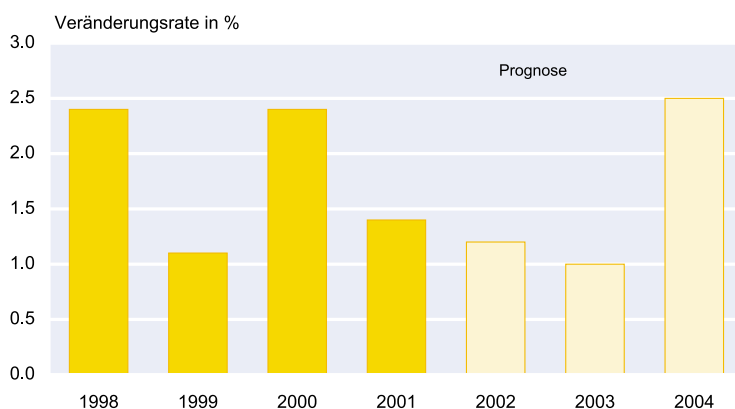
Das politische und soziale Umfeld war 2002 geprägt von der anhaltenden Schwäche der Sozialdemokraten, während sich die im Herbst 2001 ans Ruder gelangte bürgerliche Regierungskoalition gut etablieren konnte. Kurz danach büßte die tradierte Einkommenspolitik ihre Grundlage ein. Heuer und in den kommenden Jahren könnte die seit dem Beginn der siebziger Jahre das Land spaltende Frage des Beitritts zur EU, wenn auch unter internen Spannungen, überraschend zu einer neuen Position führen.

Die im zwanzigsten Jahrhundert das politische Leben dominierende sozialdemokratische Arbeiterpartei erlitt bei den Parlamentswahlen vom September 2001 eine schwere Niederlage und konnte nur noch 24,4% der Stimmen auf sich vereinigen. Von diesem Rückschlag hat sie sich noch nicht erholt; gemäß Umfragen unterstützen sie nur noch 15 bis 20% der Wähler. Damit wird sie von der deutlich linksstehenden Sozialistisk Vensterparti hart bedrängt. 2002 wurde das Formtief durch einen in der Öffentlichkeit ausgetragenen, auch als Generationenkonflikt zu verstehenden Streit innerhalb der Parteispitze unterstrichen. Nach einer längeren Pha-

se der Schuldzuweisungen begann der den Traditionalisten zuzurechnende Parteichef Jagland einen Disput um den Parteivorsitz mit dem als Erneuerer geltenden Fraktionsvorsitzenden und Wahlverlierer Stoltenberg. Letzterer ist zwar im vorigem Herbst Parteichef geworden. Doch damit geht die Konsolidierung und der Neuaufbau der Arbeiterpartei erst los. Bis dieser nicht abgeschlossen ist, und das kann Jahre dauern, dürfte das der rechten Mitte zuneigende Regierungsbündnis im Sattel bleiben. Unter dem Premierminister Bondevik koalieren dessen Christliche Volkspartei, die konservative Høyre sowie die kleine liberale Venstre. Diese drei Parteien haben indes nur 62 von 165 Sitzen im Storting. Minderheitsregierungen sind wie in Dänemark und in Schweden auch in Norwegen schon lange die Norm. Mehrheiten werden von Fall zu Fall gebildet; der Staatshaushalt 2003 wurde z.B. mit Hilfe der rechtsstehenden Fremskrittspartiet verabschiedet. Sprengstoff innerhalb der Koalition bildet u.a. die in der Koalitionsvereinbarung tabuisierte, in der öffentlichen Diskussion seit einiger Zeit aber wieder hochaktuelle Frage des EU-Beitritts. Auch das Erstarken der Immigranten gegenüber kritischen Fortschrittspartei, die Umfragen zufolge bei bis zu einem Viertel der Wähler auf Sympathien stößt, bereitet Probleme.

Die innerhalb der Koalition mit Tabu belegte Frage des EU-Beitritts könnte indes in absehbarer Zeit eine Stellungnahme der Regierung erzwingen, nachdem es im Lande diesbezüglich bis zum Herbst 2002 ruhig geblieben war. Doch erstens werden zunehmend die wirtschaftlichen Nachteile eines Abseitsstehens auch von der traditionell euroskeptischen, von Landwirtschaft und Fischerei lebenden Bevölkerung erkannt. Zweitens sind die Spannungen zwischen EU und Norwegen so gewachsen, dass sich eine grundle-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gende Neuorientierung aufdrängt. Und drittens ergeben die Resultate von Meinungsumfragen seit einigen Monaten eine Zweidrittelmehrheit der Befürworter. Einen unerwarteten, kräftigen Stimmungsumschwung hatte es auch in Schweden Mitte der neunziger Jahre nach jahrzehntelanger Euro-paskepsis gegeben.

Mit den im Frühjahr 2002 erfolgten, weit überhöhten Tarifabschlüssen für den privaten Sektor und für die öffentlich Bediensteten ist die seit Mitte der neunziger Jahre die Unternehmerverbände, Gewerkschaften und Staat verbindende korporativistische Klammer endgültig obsolet geworden. Und es ist nicht zu erkennen, wie die überfällige Lohnmäßigung in diesem traditionell konsensual bestimmten Land auf antagonistischem Wege ohne schwere politische und volkswirtschaftliche Reibungsverluste herbeigeführt werden kann.

Von der **Wirtschaftspolitik** erhält die Konjunktur 2003 und 2004 Anstöße. Dabei steht nicht mehr der 2002 dominierende Spagat zwischen expansiv ausgerichteter Finanz- und stabilisierungsorientierter Geldpolitik im Mittelpunkt, sondern die auch 2004 noch exzessiven Lohnerhöhungen sowie die für Unternehmen auf dem Festland exportdämpfende, ausgeprägte Überbewertung der Krone. Der jahrelange Dissens zwischen Finanz- und Geldpolitik ist heuer gemildert, da die Zentralbank im vergangenen Herbst auf einen weniger restriktiven Kurs eingeschwenkt ist. Damit wird zwar dem überhöhten Wechselkurs der Krone entgegengewirkt. Aber dessen in der Vergangenheit zu beobachtende Volatilität resultiert nur teilweise aus Zinsdifferenzen. Vielfach reflektieren sie die Spekulation auf steigende oder sinkende Ölpreise etc., denen mit der klassischen Wechselkurspolitik nicht beizukommen ist. Die Lohnentwicklung für 2003 ist weitgehend determiniert, und es gibt keine Anzeichen für eine nennenswerte lohnpolitische Mäßigung im Jahre 2004. Integrationspolitisch sind jedoch Überraschungen möglich, mit erheblichen Rückwirkungen auch auf das soziale und politische Umfeld.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. In **Japan** entsprachen Nachfrage und Produktion annähernd den Volumina von 2001. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 2¹/₂%. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1% zu; im Euro-Raum stieg es um gut 3¹/₄% und in Deutschland um 1¹/₄%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ca. 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der

Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

In **Norwegen** haben weltwirtschaftliche Flaute, kräftig überbewertete Krone und restriktive Geldpolitik die konjunkturelle Entwicklung stärker geprägt als expansive Finanz- und Lohnpolitik. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** nahm vermutlich – die vorläufigen Zahlen werden erfahrungsgemäß noch revidiert – um etwa 1¹/₄% und damit etwa dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend zu. Dahinter steht ein Anstieg im ersten Halbjahr, gefolgt von einem leichten Rückgang. Obwohl bei den öffentlichen Investitionen Gegensteuer gegeben wurde, sind die Bruttoanlageinvestitionen auf dem Festland eingebrochen; das gilt besonders für die Unternehmensinvestitionen, da die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Auslandskonkurrenz durch starke Lohnanhebungen und die kräftige Aufwertung der Krone erheblich gelitten hat. Der private Konsum expandierte hingegen – stimuliert vom starken Reallohnanstieg und von Steuersenkungen – deutlich, obwohl sich die Sparquote spürbar erhöhte und die Lage auf dem Arbeitsmarkt weniger günstig geworden ist (Arbeitslosenquote 3,9% im Jahresdurchschnitt). Die **Ausfuhr** hat gegenüber 2001 annähernd stagniert, und der **Import** nahm etwas zu. Vor allem dank stark verbilligter Importe sind die **Konsumentenpreise** bis zum Herbst langsam, dann aber schneller gestiegen; das Niveau von 2001 wurde um 1,3% übertroffen. Die **Leistungsbilanz** wies neuerlich einen sehr hohen Überschuss aus.

Träger des wirtschaftlichen Wachstums war der **Verbrauch**. Der **private Konsum** expandierte um knapp 3%, obwohl die **Beschäftigung** kaum noch zunahm und die Sparquote (ca. 7%), mitbedingt durch die sehr hohen Realzinsen, deutlich stieg. Anregend wirkten vor allem die realen verfügbaren Einkommen infolge der um rund 3¹/₄% erhöhten Reallohne, der Reduktion direkter und indirekter Steuern (Einkommen-, Flug-, Immobilien- sowie der extrem hohen Alkoholsteuern; Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Nahrungsmittel; Abschaffung der Besteuerung von Dividenden). Bei dauerhaften Gütern verschob sich die Nachfrage insofern, als der im Zuge des Wohnbaubooms 1999/2001 lebhaft abgesetzte Absatz von Einrichtungsgegenständen mit dem kaum noch expandierenden Wohnungsbau nachließ, während etwas mehr neue Personenautos gekauft wurden. Die Kursverluste an den Aktienbörsen beeinflussten das Verhalten der Verbraucher nicht nennenswert und wesentlich weniger als in Schweden, wo im Gegensatz zu Norwegen viele Haushalte Aktien besitzen. Außerdem ist die Bedeutung der – für die Aufnahme von Hypotheken wichtigen – Preise von Immobilien erheblich größer als jene der Aktien. Der **Staatsverbrauch** nahm um 2¹/₂% zu, wesentlich bedingt durch die hohen Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind um 21/4% zurückgegangen. Die 2001 registrierte ausgeprägte Rezession resultierte aus der starken Verringerung der Investitionen im Erdöl- und Ergassektor, während das Vorjahresniveau auf dem Festland knapp gehalten werden konnte. Nun war es umgekehrt: Im Off-shore-Bereich wurde mehr investiert, auf dem Festland sanken die Investitionen trotz abgeschaffter Investitionssteuer spürbar, obwohl die öffentliche Hand nach der kräftigen Einschränkung 2001 erheblich mehr investiert hat. Vor allem der Unternehmenssektor schränkte seine Investitionen ein. Dies war vor allem eine Reaktion auf die wesentlich verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz im In- und Ausland infolge stark steigender Lohnstückkosten sowie der erheblichen Überbewertung des Wechselkurses der Krone. Nachlassender Auftragseingang, sinkende Auslastung der Kapazitäten, ungünstigere Absatz- und Ertragserwartungen sowie hohe Realzinsen taten ein Übriges. Hiervon waren die Ausrüstungsinvestitionen besonders betroffen. Die Entwicklung der Baubeginne im Wohnungsneubau lässt auf einen spürbaren Rückgang im Wohnungsbau schließen, obwohl die Instandhaltungsinvestitionen erheblich ausgeweitet wurden. Diese, im Widerspruch zum kräftigen Reallohnanstieg der privaten Haushalte stehende Entwicklung erklärt sich teilweise mit dem Rückgang des sozialen Wohnungsbaus. Ferner ergab er sich aus dem während der vorangegangenen Boomjahre entstandenen Übergang an teureren Wohneinheiten, der abgebaut werden musste. Entscheidend dürften jedoch die hohen Realzinsen, die weniger günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die Erwartung nur mehr schwach steigender Preise für Wohnimmobilien gewesen sein.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen ist nur wenig gestiegen. Die Lieferungen traditioneller Waren wurden durch das schwache weltwirtschaftliche Wachstum im Allgemeinen, den scharfen Lohnstückkostenanstieg sowie den überhöhten Wechselkurs der Krone und die weltweite Schwäche im IT-Sektor im Besonderen behindert. Gegenüber dem US-Dollar wertete die Krone um ca. 16% auf, und die seit 1998 zu beobachtende Aufwertung gegenüber den Euro setzte sich fort. Das Resultat wäre wesentlich schlechter gewesen, hätten die wichtigsten Exporteure ihre Kronenpreise nicht zu Lasten ihrer Gewinne um ungefähr 10% gesenkt, um Marktanteile zu halten. Der Absatz von Öl und Erdgas, auf den ungefähr die Hälfte der Ausfuhr von Gütern entfallen, expandierte schwächer als zuvor; zwar wurde in neuen Gasfeldern die Produktion aufgenommen, aber Erdöl wurde weniger gefördert worden, weil die Produktion im ersten Halbjahr eingeschränkt und Förderanlagen im zweiten Semester stillgelegt wurden. Die **Einfuhr** ist schwach gestiegen, weil die Käufe von Investitionsgütern kräftig sanken und Exportprodukte zu einem erheblichen Teil importierte Vorprodukte und/oder Komponenten enthalten. Das Aktivum der **Leistungsbilanz** wies bei verschlechterten Terms of

Trade zwar gegenüber 2001 einen deutlichen Rückgang aus, blieb mit einer Größenordnung von 14% des BIP jedoch außerordentlich hoch.

Auf dem **Arbeitsmarkt** ist die Situation im Verlauf des Jahres zwar stabil geblieben, gegenüber 2001 aber etwas ungünstiger geworden. Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote (3,9% im Jahresdurchschnitt) blieben im Verlauf fast konstant. Im industriellen Bereich gestrichene Arbeitsplätze wurden durch Einstellungen im Dienstleistungssektor kompensiert. Auf verschiedenen Gebieten blieben Fachkräfte immer noch gesucht.

Die Preise sind trotz stark gesunkener Einfuhrpreise, herabgesetzter indirekter Steuern und recht mäßigem Wirtschaftswachstums im Verlauf des Jahres weiter gestiegen. Die **Konsumentenpreise** lagen um 1,3% über dem Niveau von 2001. Ursache dieser relativ enttäuschenden Entwicklung waren vor allem die stark gestiegenen Lohnstückkosten sowie die direkten und indirekten Folgen der ab Herbst rasant erhöhten Preise für elektrischen Strom (in geringerem Maße auch infolge anziehender Preise für Mineralölprodukte) als Resultat von Wassermangel bei den Kraftwerken, großer Kälte und dem völlig deregulierten Markt für Elektrizität.

Wirtschaftspolitik

Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik 2003 und 2004 immer noch Impulse; sie dürften jedoch schwächer sein als 2002. Die Finanzpolitik wirkt zwar immer noch stimulierend, wiewohl mit abnehmender Intensität. Ähnliches ist von der Lohnpolitik zu erwarten. Demgegenüber beginnen die geldpolitischen Lockerungen ab Herbst 2003 ansatzweise und 2004 deutlich zu wirken; dabei geht es zunächst lediglich um ein allmähliches Nachlassen der sehr straffen Zügel. Die erheblich überbewertete Krone wertet sich zunächst noch etwas auf, doch dürfte im späteren Verlauf von 2003 eine allmähliche Abwertung erfolgen, die sich 2004 fortsetzt; infolge der zeitlichen Verzögerung entfaltet die vorjährige starke Aufwertung erst heuer ihre retardierende Wirkung voll.

Die **Finanzpolitik** bleibt 2003 und 2004 expansiv, wenn auch mit nachlassender Intensität, wie der Staatshaushalt 2003 zeigt. Wichtiges Ziel bleibt auch über 2003 hinaus die Senkung der (wie auch in Dänemark und Schweden) im westeuropäischen Vergleich mit ca. 55% des BIP weit überhöhte Steuer- und Abgabenbelastung, welche angesichts der jährlichen exorbitanten Haushaltsüberschüsse infolge reichlich fließender Einnahmen aus der Erdöl- und -gasförderung von den Wählern nicht mehr toleriert wird. Zwar wurden die Einkommensteuersätze nochmals herabgesetzt. Allerdings profitieren hiervon – infolge der relativ geringen marginalen Konsumquote weniger verbrauchswirksam – vor-

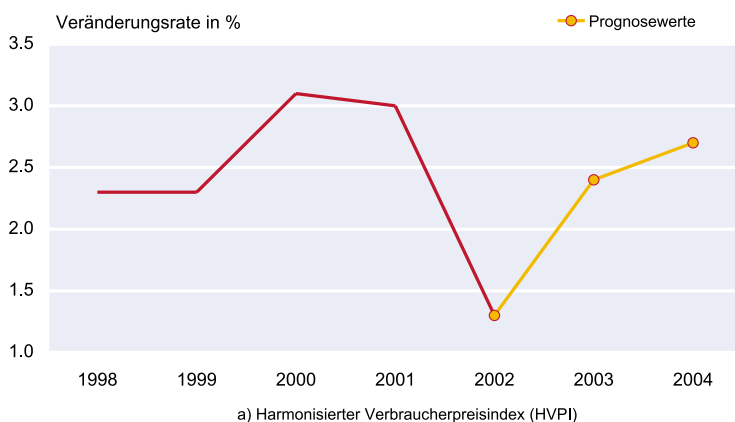
wiegend die Bezieher höherer Einkommen. Ferner wurden einige Verbrauchsteuern (u.a. die Besteuerung von Alkoholi-
lika) gesenkt. Die Bezieher von Mindestpensionen erhalten
höhere Zuwendungen. Und schließlich wird die im vierten
Quartal 2002 erfolgte Abschaffung der Investitionssteuer erst
heuer voll budgetwirksam. Gleichzeitig erfolgten jedoch auch
Sparmaßnahmen; u.a. wurde der Selbstbehalt beim Kauf
von Medikamenten erhöht und die Arbeitslosenunterstüt-
zung gekürzt. Schwerer wiegen die budgetierten Abstriche
bei den geplanten Zuwendungen an Krankenhäuser, wobei
hier allerdings nicht unterstellt wird, dass diese in vollem Um-
fang durchzusetzen sind. Die Einnahmen aus der Öl- und
Erdgasförderung wurden mit 172,8 Mrd. NOK (23,7 Mrd. €)
angesetzt. Hiervon werden 138 Mrd. NOK an den der Zu-
kunftssicherung dienenden »Zukunftsfonds« überwiesen,
dessen Vermögen sich damit Ende 2003 auf 846 Mrd. NOK
belaufen dürfte. 34,8 Mrd. NOK werden in den Staats-
haushalt 2003 eingestellt. Damit wird bereits sehr schnell
gegen die erst 2002 eingeführten »Neuen Haushaltsregeln«
verstoßen. Diese besagen, dass lediglich die rechnerischen
Zinsen des »Zukunftsfonds« in Höhe von 4% für die Deckung
des um die Öl- und Gaseinnahmen bereinigten Etatdefizits
herangezogen werden dürfen. Heuer wird der hierdurch
gesetzten Rahmen um gut 4 Mrd. NOK überschritten. Mäßi-
ges Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigen Steuerentlas-
tungen dürfte zu einem weiteren Rückgang des Haushalts-
überschusses auf eine Größenordnung von 10% des BIP
führen.

Die Geldpolitik ist immer noch deutlich restriktiv, obwohl die
Zentralbank auch mit Blick auf die lahrende Konjunktur ih-
ren Leitzins (Satz für Depositen der Geschäftsbanken bei
der Notenbank) im Dezember 2002 sowie im Januar 2003
um jeweils 1/2 Prozentpunkt auf nunmehr 6% herabgesetzt
hat; im vergangenen Juli war er auf 7% angehoben wor-
den, nachdem man ihn im Zuge der Ereignisse vom Sep-
tember 2001 auf 6,5% gesenkt hatte. Norges Bank ver-

folgt seit Mai 2001 ein Inflationsziel, nachdem sich die vor-
her angestrebte Wechselkursstabilität der Krone gegenüber
dem Euro nicht realisieren ließ. Dieses stellt darauf ab, den
Anstieg der Verbraucherpreise mittelfristig auf 2,5% p.a. zu
begrenzen. Dahinter steht die Vorstellung, der Wechsel-
kurs der Krone könne gegenüber dem Euro am leichtesten
stabil gehalten werden, wenn der Preisauftrieb in Norwegen
etwa jenem im Euro-Raum gleicht. Die jüngste Lockerung
der monetären Zügel sowie die wahrscheinlichen weiteren
zwei Zinssenkungen erscheinen angemessen. Denn die Kon-
sumentenpreise stiegen 2002 im Jahresdurchschnitt nur um
1,2%, die konjunkturelle Entwicklung ist schwach, die mas-
sive Überbewertung der Krone wird nur langsam korrigiert
werden, die Finanzpolitik ist weniger expansiv als im vorigen
Jahr, der führende Gewerkschaftsbund LO hat sich gegen-
über der Regierung zur Lohnmäßigung bereit erklärt, und
die Absatz- und Ertragsaussichten der Unternehmen auf
dem Festland haben sich infolge von Aufwertung und star-
kem Lohnanstieg massiv verschlechtert, mit negativen Aus-
wirkungen auf die Investitionstätigkeit. Sobald jedoch die In-
flation infolge von anziehender Konjunktur und sinkendem
Wechselkurs der Krone spürbar steigt, dürfte die Zentral-
bank das geldpolitische Ruder wieder herumlegen. Dieses
wird jedoch kaum vor Anfang 2004 der Fall sein, so dass die
Konjunktur ab Herbst 2003 von der monetären Seite güns-
tig beeinflusst wird und restriktive Wirkungen frühestens ge-
gen Ende kommenden Jahres zu erwarten sind.

Die Lohnpolitik bildet zusammen mit der Wechselkurspoli-
tik seit dem Jahre 2000 die wirtschaftspolitische Achilles-
ferse. Die auch den Lohnanstieg 2003 weitgehend deter-
minierende Lohnrunde 2002 war mit Gehaltserhöhungen
von 5% in der Privatwirtschaft und 6% im öffentlichen Dienst
weit überzogen. Heuer steigen die Arbeitsentgelte in etwa
gleichem Ausmaß. Im Jahre 1999 konnte an den in der ers-
ten Hälfte der neunziger Jahre in punkto Lohn- und Preis-
stabilisierung so erfolgreichen Sozialpakt (»Solidaritätsini-
tiative«) angeknüpft werden. Extreme Gehaltserhöhungen
und Aktienoptionszuteilungen, welche sich Manager vor allem großer
Unternehmen zugestanden hatten, provozierten indes – wie in den Niederlanden
auch – hohe Lohn- und Gehaltsforderungen und bewirkten damit das Scheitern die-
ses stabilitätspolitischen Ansatzes. Ende Jan-
uar 2003 schlossen Regierung und der ein-
flussreiche Gewerkschaftsverband LO ein
Abkommen, in dem sich letzterer zu mäßi-
gen Lohnsteigerungen verpflichtet. Es soll-
te jedoch nur eine leichte Verlangsamung des
Lohnauftriebs ins Jahr 2004 hinein unterstellt
werden.

Konsumentenpreise ^{a)}



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Ordnungspolitisch will die Regierung mit De-
regulierung und Liberalisierung fortfahren.
Derzeit sieht sie sich hierin jedoch mit lan-

desweitem Widerstand konfrontiert. Dieser resultiert aus den in letzter Zeit gegenüber Ende 2001 auf das dreifache gestiegenen Preisen für Elektrizität. Norwegen erzeugt 99% seiner Elektrizität aus Wasserkraft, Strom war immer preiswert, und daher wird auch viel damit geheizt. Ab 1991 bildet sich der Strompreis frei nach Angebot und Nachfrage im Rahmen der skandinavischen Strombörse. Im vergangenen Sommer herrschte allerdings eine Trockenheit wie seit Jahrzehnten nicht mehr, und die Wasserstände in den Reservoirs sanken stark. Gleichwohl wurde bei voll ausgelasteten Kapazitäten Strom nach Schweden geliefert, wo ebenfalls Dürre herrschte. Bei außergewöhnlich kaltem Winterwetter wurde Strom knapp, und die Preise schossen derart in die Höhe, dass sozial Schwache ob der drastisch steigenden Stromrechnungen in Not geraten. Hieraus resultiert die landesweite Frage, ob nicht eine Regulierung des Strompreises geboten sei. Die Regierung lehnt dies, wie auch die Vergabe von Heizzuschüssen ab, verweist auf die ungewöhnlichen Witterungsbedingungen und empfiehlt, Strom zu sparen. Es erscheint fraglich, ob die ordnungspolitische Kraftprobe damit vom Tisch ist.

Integrationspolitisch bleibt die Mitgliedschaft im 1993 gegründeten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – zusammen mit der EU, Island und Liechtenstein – der Angelpunkt. Seitdem wurden mehr als 4000 EU-Regularien im Nachvollzug übernommen, ohne dass Norwegen bei deren Ausgestaltung hätte nennenswert mitreden können. Das erregt zunehmenden Unmut. Hinzu kommt die jüngst seitens der Kommission erhobene und seitens der Adressaten als barsch empfundene Forderung an die drei EWR-Partner, ihren Beitrag an die EU künftig um das dreißigfache zu erhöhen; der Beitrag gilt als Ausgleich für den ungehinderten Zugang der Drei zum EU-Binnenmarkt. Allein Norwegen würde mit 3,9 Mrd. NOK (535 Mill. €) belastet. Überraschenderweise hat diese Avance, die den politischen und wirtschaftlichen Preis für die integrationspolitische Außen-seiterrolle Norwegens weiter erhöhen würde, die Zahl der Befürworter einer EU-Mitgliedschaft stark steigen lassen. Besonders drastisch ist der Umschwung bei den oppositionellen Sozialdemokraten sowie bei der Sozialistisk Vensterparti; letztere zählten bei den Volksabstimmungen über einen EU-Beitritt 1972 und 1994 zu den engagiertesten EU-Gegnern. In den anderen bisher EU-skeptisch eingestellten Parteien ist der Wandel erst in Gang gekommen. Derzeit plädieren, Umfrageergebnissen zufolge, annähernd zwei Drittel der Wähler für einen Beitritt. Erklären lässt sich dies einmal mit dem aus der Außenseiterposition heraus besonders stark empfundenen Gefühl außenpolitischer Ohnmacht angesichts der Irak-Krise. Aber auch wirtschaftliche Gründe sind von Belang. Es geht u.a. um den Fischexport (Fischerei- und Agrarprodukte sind vom EWR-Abkommen ausgeklammert, doch wird der Handel durch Abkommen auf bilateraler Basis erleichtert), der bei den Bewohnern der bisher EU-skeptischen Küstenregionen zum Mei-

nungsumschwung führte. Und schließlich scheint die allgemeine Ansicht Platz zu greifen, dass man besser gleich Mitglied würde, wenn man schon den Großteil der Gesetze und Verordnungen von der EU übernehmen und erhebliche Gelder an diese zahlen müsse. Integrationspolitisch wird der Ausgang des schwedischen Referendums über die Einführung des Euro im September dieses Jahres sowie einer bei positivem Ausgang wahrscheinlichen Abstimmung in Dänemark wesentlichen Einfluss auf die künftige Haltung Norwegens gegenüber der EU haben. Doch auch unabhängig davon könnte es mit der Entscheidung zum EU-Beitritt schnell gehen – wie 1994 in Schweden. Sollte Norwegen auch noch den Euro einführen, dann wäre das die Wirtschaftsentwicklung ungünstig beeinflussende Problem des stark schwankenden Wechselkurses der Krone größtenteils gelöst.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: Es kommt nicht zu einem bewaffneten Konflikt im Irak. In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um fast 3³/₄%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um 2³/₄% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1% ausgeweitet; für die EU sowie für den Euro-Raum sind niedrigere Raten zu erwarten. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26¹/₂ US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 2¹/₂%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 5³/₄%.

In Norwegen dürfte die Konjunktur, wie in den anderen westeuropäischen Ländern auch, erst nach dem Winterhalbjahr langsam wieder an Dynamik gewinnen, wenn die Irak-Krise nicht mehr belastet. Bremsklötze in Form des überhöhten Wechselkurses der Krone und des starken Anstiegs der Lohnkosten bleiben jedoch bestehen. Von einer ausgewogenen und spannungsarmen Entwicklung kann nach wie vor keine Rede sein. Der ökonomische Preis für das integrationspolitische Abseitsstehen wird höher. Das reale Bruttoinlandsprodukt nimmt bei allmählich schwächer werdenden Impulsen seitens der Wirtschaftspolitik um etwa 1% zu – sogar noch langsamer als der westeuropäischen Durchschnitt, was dafür spricht, dass die Nutzung der reichen Öl- und Erdgasressourcen nicht optimal ist. Die Bruttoanlageinvestitionen werden sich zwar beleben, doch ist dies nur den zunehmenden Investitionen im Off-shore-Bereich zu danken. Privater Konsum und Staatsverbrauch expandieren etwas langsamer als im Vorjahr, bleiben jedoch die

entscheidenden Stützen der Konjunktur. Die Ausfuhr stagniert annähernd auf dem Niveau des Vorjahres, während die Einfuhr deutlich zunimmt. Vom Außenbeitrag kommt folglich ein negativer Impuls. Der infolge von Sondereffekten zuletzt starke Preisauftrieb schwächt sich nur allmählich ab, so dass die Konsumentenpreise um 2 1/2% über dem Niveau von 2002 liegen dürften. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich nochmals, und die Arbeitslosenquote steigt auf 4 1/2% im Jahresdurchschnitt. Das Aktivum der Leistungsbilanz sinkt weiter auf eine Größenordnung von 12% des BIP.

Der private Konsum expandiert vermutlich um 2 1/2%. Ausschlaggebend für die trotz weiterer Steuerentlastungen (allerdings weniger ausgeprägt als 2002) und niedrigerer Zinsen gegenüber dem Vorjahr zu erwartende Verlangsamung ist die weniger günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie der höhere Kaufkraftentzug durch die am Jahresanfang rasche und anschließend nur langsam abflauende Verteuerung der Lebenshaltung. Auch steigen die Nominallöhne, u.a. konjunkturbedingt, mit knapp 5% eher etwas weniger stark als 2002, zumal die Wage-drift im Zuge der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt spürbar abnimmt. Die realen verfügbaren Einkommen nehmen mit fast 2% nicht mehr so ausgeprägt zu wie im vergangenen Jahr. Der Rückgang der Veränderungsrate wird nur teilweise kompensiert durch einen erfahrungsgemäß in derartigen Situationen eintretenden Anstieg der Sparquote. Die weiter abflauende Konjunktur im Wohnungsbau lässt weniger lebhaftere Käufe von Einrichtungsgegenständen erwarten. Auch der Absatz neuer Personautos dürfte bestenfalls das Ergebnis von 2002 erreichen. Der Staatsverbrauch expandiert vermutlich um 2% und damit stärker als geplant.

Die Bruttoanlageinvestitionen (ca. + 1%) dürften nur sehr langsam aus der dreijährigen Rezession heraus finden. Aus-

schlaggebend ist die starke Ausweitung der Investitionen im Erdöl- und Erdgassektor; auf diesen entfällt etwa ein Fünftel des Investitionsvolumens. Die vom Statistischen Zentralamt regelmäßig durchgeführte Investitionsumfrage lässt einen Anstieg in der Größenordnung von 12% erwarten. Diese sind in Bereichen geplant, in denen weniger Importe, sondern vielmehr heimische Produktion zum Einsatz kommen, der Impuls für das Wirtschaftswachstum also auch relativ größer ist als in den Vorjahren. Allerdings ist die Korrelation zwischen Planung und Realisierung in diesem Sektor wenig ausgeprägt, so dass man immer mit negativen oder positiven Überraschungen rechnen muss. Heuer wird die Annahme eines beträchtlichen Zuwachses gestützt durch die mit den hohen Ölpreisen (an welche die Gaspreise gekoppelt sind) verbundenen Ertragsverbesserungen der Ölgesellschaften sowie den seit einiger Zeit sinkenden Anteil der norwegischen Erzeugung an der Weltproduktion, dem man nun entgegenzutreten will. In der Festlandsindustrie setzt sich der Attentismus bei den Investitionen – das betrifft sowohl Ausrüstungen als auch Bauten – ungebremst fort. Hieran ändert auch die Ende 2002 abgeschaffte Investitionssteuer nichts. Der überhöhte Wechselkurs der Krone, die zunächst noch sinkende Kapazitätsauslastung, im internationalen Vergleich weiter deutlich überdurchschnittlich steigende Lohnstückkosten, die bis weit ins laufende Jahr hinein gedrückten Absatz- und Ertragserwartungen sowie ganz allgemein die schleppende Konjunktorentwicklung im Inland wirken retardierend. Die Ausrüstungsinvestitionen dienen weitestgehend der Rationalisierung und dem Ersatz veralteter Anlagen. Konjunktorentwicklung und langsamer steigende Hauspreise, vor allem aber die ungünstigere Lage auf dem Arbeitsmarkt lässt einen Rückgang des Wohnungsneubaus erwarten. In Bürobauten wird erheblich weniger investiert als Reaktion auf die während der vergangenen Jahre entstandenen Überkapazitäten, aus denen beträchtliche Leerstände, sinkende Verkaufserlöse sowie fallende Mieten

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002 ^{a)}	2003 ^{a)}			2004 ^{a)}		
			SS ^{b)}	NB ^{c)}	OECD ^{d)}	SS ^{b)}	NB ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,1	0,8	2,0	1,6	2,9	2,5	2,3
Inlandsnachfrage (Festland)	1,8	1,6	1,8	2,2	2,7	2,5	2,5	2,8
Privater Verbrauch	2,5	3,0	2,7	3,5	3,2	3,6	3,2	2,9
Staatsverbrauch	2,0	2,6	1,6	0,8	0,5	2,0	2,0	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 4,6	- 2,2	1,6	3,5	2,2	0,5	0,0	4,7
Exporte ^{e)}	4,2	0,1	0,3	1,5	0,6	3,7	1,8	2,8
Importe ^{e)}	0,0	0,9	4,3	3,7	3,4	2,9	1,3	4,2
Industrieproduktion (ohne Bau)	- 0,2	0,8	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	3,0	1,2	3,1	2,0	2,3	1,4	2,3	2,5
Arbeitslosenquote	3,6	3,9	4,4	4,3	4,0	5,0	4,2	3,9
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	15,4	13,7	11,4	12,0	16,4	11,6	11,0	15,8
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	15,0	12,4	n.a.	n.a.	10,2	n.a.	n.a.	9,8

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Statistisk Sentralbyrå, Oslo, vom Dezember 2002. – ^{c)} Norges Bank, Oslo, vom Dezember 2002. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2002. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

resultieren. Die öffentliche Hand will ihre Bauinvestitionen nach der vorjährigen Expansion auf dem Niveau von 2002 etwa stabil halten. Doch könnte angesichts der sich abzeichnenden Schwierigkeiten in der Baubranche eine Aufstockung der Mittel erfolgen.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen gewinnt auch heuer noch nicht wieder an Schwung, obwohl Öl- und Gasausfuhren steigen dürften; das Volumen wird wohl gegenüber 2002 stagnieren oder etwas zurückgehen. Zu schwer belasten der Wechselkurs der Krone sowie die hohen und weiter kräftig steigenden Lohnstückkosten die preisliche Konkurrenzfähigkeit. Da die Einfuhr, stimuliert vor allem vom privaten Konsum, jedoch spürbar steigt, dürfte das Aktivum der Leistungsbilanz trotz nochmals etwas verbesserter Terms of Trade auf eine Größenordnung von 12% des BIP sinken.

Auf dem Arbeitsmarkt – einem Nachläufer der Konjunktur – verschlechtert sich die Lage langsam aber stetig, und zwar auf sektoral breiter Basis, in allen Regionen des Landes und bei allen Altersgruppen. Es sind vor allem Berufsanfänger, Kräfte mit geringer Qualifikation, Asylanten mit Sprachproblemen sowie Beschäftigte mit zeitlich befristeten Verträgen, die entweder keine Arbeit bekommen oder entlassen werden. Die in den vergangenen Jahren meist ausgeprägte Knappheit an Fachkräften ist, wenn auch stark abgeschwächt, auf einigen Gebieten allerdings immer noch zu beobachten. Bei sinkender Beschäftigung dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 4¹/₂% steigen – das ist weit weniger als im westeuropäischen Durchschnitt, liegt aber deutlich über der Marke der Vollbeschäftigung.

Die Preisentwicklung ist zunächst noch durch hohe Inflationsraten gekennzeichnet. Ab dem zweiten Quartal flaut die Teuerung spürbar ab. Dann werden die im laufenden Winterhalbjahr aufgetretenen Verwerfungen bei den Elektrizitäts- und sonstigen Energiepreisen korrigiert, und die Herabsetzung einiger indirekter Steuern (auf Alkoholika, Tabakwaren etc.) kommt stärker zum Tragen. Allerdings geht von der Lohnkostenentwicklung immer noch inflationärer Druck aus, und die Importpreise wirken nicht mehr im bisherigen Maße stabilisierend. Die Konsumentenpreise liegen um 2¹/₂% über dem Niveau von 2002.

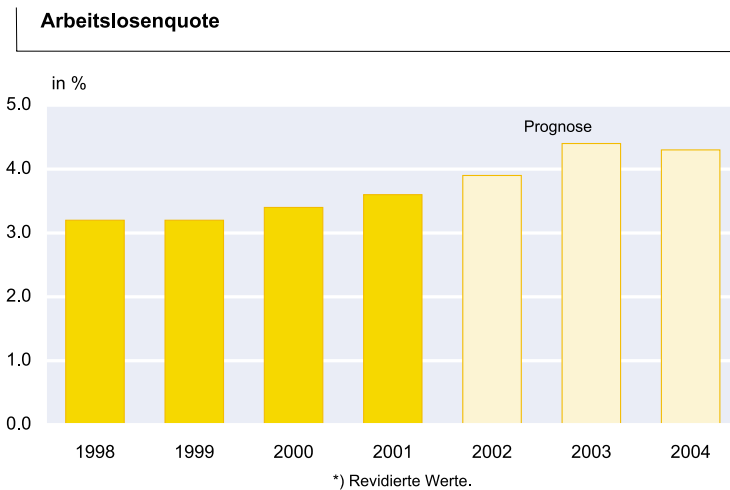
Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 2³/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um 1¹/₄% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In Westeuropa, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2¹/₂%; in Deutschland ex-

pandiert es um fast 2¹/₄%. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

Auch in Norwegen gerät die Konjunktur stärker in den Aufwind des weltwirtschaftlichen Aufschwungs. Dabei wirkt die Wirtschaftspolitik immer noch anregend. Entscheidend sind jedoch die Anstöße, welche der Export durch den weltwirtschaftlichen Aufschwung bekommt, flankiert von einer allmählichen Abwertung der überbewerteten Krone. Hinzu addieren sich die Anstrengungen des Öl- und Erdgassektors, den Anteil auf dem Weltmarkt wieder zu erhöhen oder zumindest zu halten. Die von der Außenwirtschaft kommenden Impulse werden die Inlandsnachfrage deutlich anregen. Das gilt vor allem für den privaten Konsum, während Staatsverbrauch und Bruttoanlageinvestitionen nur in etwas schnellerem Rhythmus als im Vorjahr ausgeweitet werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandiert um 2¹/₂%, was etwa dem westeuropäischen Durchschnitt entspricht. Da der Arbeitsmarkt auch auf eine Verbesserung der Konjunktur erst mit größerer Verzögerung reagiert, wird die Lage erst ab der Jahresmitte spürbar günstiger; die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt wieder bei 4¹/₂% liegen. Die Preise steigen wieder schneller, vor allem infolge von Importverteuerung und konjunkturbedingter Ausweitung der Gewinnmargen; die Verbraucherpreise liegen um 2³/₄% über dem Niveau von 2003. Trotz verschlechterter Terms of Trade dürfte die Leistungsbilanz wieder einen Überschuss in der Größenordnung von 12% des BIP ausweisen.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen, welche gut 40% des BIP ausmacht, dürfte um 3¹/₄% expandieren. Im Verlauf bedeutet das eine erhebliche Beschleunigung. Diese wird sowohl von erhöhten Öl- und Gaslieferungen, aber auch vom verstärkten Absatz traditioneller Produkte getragen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist nicht mehr so unter Druck wie in den vergangenen Jahren, da die Krone allmählich abwertet und die Lohnstückkosten bei wenig verändertem Lohnauftrieb, aber besserer Kapazitätsauslastung, langsamer als bisher steigen – sie erhöhen sich aber immer noch stärker als im westeuropäischen Mittel. Die Öl- und Ergasexporteure wollen die bis 2002 zu registrierten Verluste an Weltmarktanteilen zumindest stoppen oder Anteile zurück erobern. Entscheidend ist für die Exportentwicklung jedoch der weltwirtschaftliche Aufschwung, zumal dieser auch Westeuropa erfasst, wohin mehr als drei Viertel der Güterausfuhr (inklusive Erdöl und Erdgas) gehen. Die Einfuhr nimmt etwas stärker zu als die Ausfuhr, so dass die Leistungsbilanz bei leicht verschlechterten Terms of Trade einen Überschuss in der Größenordnung von 11% des BIP ausweisen dürfte.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Der private Konsum dürfte um annähernd 3% ausgeweitet werden. Das Konsumklima verbessert sich deutlich, da die Lage auf dem Arbeitsmarkt im weiteren Verlauf günstiger wird und die Reallöhne kräftig steigen. Denn bei konjunkturbedingt wieder zunehmender Wage-drift ist mit einem Nominallohnanstieg um reichlich 5% zu rechnen. Da zudem weitere Steuerentlastungen zu erwarten sind, nehmen die realen verfügbaren Einkommen um 2¹/₂% zu. Auch wird die Sparquote weiter sinken, mitbedingt durch rückläufige Zinsen; sie wird aber immer noch spürbar über dem langfristigen Durchschnitt liegen. Dauerhafte Güter profitieren in erster Linie von der lebhaften Konsumkonjunktur. Das gilt auch für Einrichtungsgegenstände, zumal der Wohnungsneubau wieder expandiert. Auch Pkw dürften häufiger gekauft werden. Der Staatsverbrauch nimmt um reichlich 2% zu.

Die Bruttoanlageinvestitionen steigen um etwa 1¹/₂%, wobei sich die einzelnen Aggregate wieder sehr unterschiedlich entwickeln. Der 2003 bestimmende Aufschwung im Öl- und Erdgassektor geht – den freilich wenig verlässlichen Planungen zufolge – nämlich nicht weiter, sondern wird von einer moderate Zunahme abgelöst. Auf dem Festland geht die Rezession bei den Unternehmensinvestitionen zu Ende, gefolgt von einer raschen Erholung. Denn die Auslastung der Kapazitäten sowie die Produktions- und Gewinnerwartungen erhöhen sich deutlich. Stimulierend wirken der Aufschwung der Inlandsnachfrage, die günstigeren Exportaussichten dank weltwirtschaftlichem Aufschwung und sinkendem Wechselkurs der Krone, sowie niedrigere Zinsen und verbesserte Auslastung der Kapazitäten. Anregend wirkt auch die Aufwärtsentwicklung im zuvor stark gebeutelten IT-Sektor. Nach wie vor dominieren Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen; nur allmählich wird auch mehr in die Erweiterung der Anlagen investiert. Die Bauinvestitionen tendieren wieder aufwärts. So nimmt der Wohnungsneubau zu, angeregt durch die günstige Entwicklung von realen verfügbaren Einkommen und Arbeitsmarkt, günstige Zinsen

und im Verlauf etwas schneller steigenden Hauspreisen. Der öffentliche Bau nimmt schwach zu, und der gewerbliche Bau kommt noch nicht recht in Schwung, da besonders bei Büroraum noch Leerstände abzubauen sind.

Auf dem Arbeitsmarkt setzt sich die im späteren Verlauf von 2003 begonnene Besserung fort. Die Beschäftigung steigt (im industriellen Sektor setzt sich der Abbau nicht mehr fort), Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit werden abgebaut. Wie schon während früherer Aufschwungsphasen zu beobachten, dürfte auch schnell wieder verbreitet Mangel an Fachkräften spürbar werden. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 4¹/₄% zurück gehen.

Die Preisentwicklung tendiert wieder stärker aufwärts. Zwar erhöhen sich die Lohnstückkosten im Zuge der mit dem konjunkturellen Aufschwung verbundenen besseren Kapazitätsauslastung spürbar langsamer. Es dürften auch wieder indirekte Steuern gesenkt werden, und die Zinsen bleiben immer noch niedrig. Aber die Nachfragentwicklung erlaubt eine Ausweitung der in den zurückliegenden Jahren gedrückten Gewinnmargen, und die Importpreise wirken bei abwärts tendierendem Wechselkurs der Krone inflationär. Die Konsumentenpreise liegen um 2³/₄% über dem Niveau von 2003.

Abgeschlossen am 10. Februar 2003